

Liebe Leserinnen und Leser,

die Klage Großbritanniens gegen die Finanztransaktionssteuer ist gescheitert: der Europäische Gerichtshof hat sie als verfrüht und damit unzulässig abgewiesen. Dies hat den aktuellen Verhandlungen wieder etwas Rückenwind gegeben. Kurz darauf gaben zehn Finanzminister der Verstärkten Zusammenarbeit (unter erheblicher Nörgelei der nicht beteiligten Staaten) eine gemeinsame Erklärung zur weiteren Zukunft der Steuer ab. Demnach soll bis Ende des Jahres eine erste Stufe der Steuer verabschiedet werden, die dann spätestens Anfang 2016 auf den Handel mit Aktien und einigen Derivaten erhoben werden soll. Weitere Transaktionen sollen folgen. Wer will, kann aber von Beginn an mit einer breiteren Bemessungsgrundlage starten.

Davon abgesehen, dass die Erklärung mehr Fragen offen lässt, als sie beantwortet, ist sie bestenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Denn von einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer ist die erste Stufe noch weit entfernt. Ein Durchbruch war nach den Erfahrungen der letzten Monate aber auch nicht zu erwarten gewesen. Es dürfte weiter zäh bleiben.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Erklärung der Finanzminister vom 6. Mai
- Große Koalition hat für Entwicklungshilfe wenig übrig
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

Mai:

28. Mai: Eine vom [Finanzministerium](#) in Auftrag gegebene Studie hält fest, dass der Finanzsektor im Vergleich zu anderen Branchen vergleichsweise gering besteuert wird und dass gerade Großbanken deutlich weniger Steuern zahlen als kleinere. Zudem widmet sich die Studie verschiedenen Aspekten der Finanztransaktionssteuer.

14. Mai: Der neue DGB-Vorsitzende [Reiner Hoffmann](#) sieht in der verabredeten ersten Stufe der Finanztransaktionssteuer einen Teilerfolg.

5. Mai: Finanzminister [Wolfgang Schäuble](#) kündigt eine erste Stufe der Finanztransaktionssteuer an: "Die Möglichkeiten, die Interessen, die Situation der einzelnen teilnehmenden Länder sind so unterschiedlich, dass wir in einem ersten Schritt nur eine begrenzte Besteuerung von Aktien und einigen Derivaten vornehmen können".

April:

9. April: [Sabine Weiss](#), Vize-Fraktionsvorsitzende der Unions-Fraktion, spricht sich in der Haushaltsdebatte dafür aus, Mittel aus einer möglichen Finanztransaktionssteuer der Entwicklungszusammenarbeit zuzuführen.

8. April: Nach neuesten Zahlen ist die [weltweite Entwicklungshilfe](#) um 6 Mrd. US-\$ auf 134 Mrd. US-\$

gestiegen. Deutschland ist mit 0,38 Prozent des BIP nach wie vor weit vom 0,7 Prozent-Ziel entfernt.

7. April: Finanzminister [Schäuble](#) und sein neuer französischer Kollege Michel [Sapin](#) wollen noch vor der Europawahl die Finanztransaktionssteuer vorantreiben.

5. April: Im [Bundeshaushalt](#) werden für 2014 und 2015 keine Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer mehr veranschlagt.

Entwicklungen im Ausland:

Mai:

28. Mai: Ein neues Diskussionspapier von [Joseph Stiglitz](#) zu Steuerreformen bewirbt auch die Finanztransaktionssteuer.

23. Mai: Die [griechische Ratspräsidentschaft](#) legt für das nächste Treffen der Ratsarbeitsgruppe zur Finanztransaktionssteuer einige Vorschläge zu nächsten Schritten vor.

23. Mai: Mit Lancashire fordert nun der [50. Stadtrat](#) in Großbritannien eine Robin Hood-Steuer.

16. Mai: Für [Sharon Bowles](#), liberale Europa-Abgeordnete aus Großbritannien, suchen die Staaten der Verstärkten Zusammenarbeit nur noch nach einem gesichtswahrenden Ausstieg aus der Finanztransaktionssteuer.

14. Mai: [Bischöfe](#) aus sechs europäischen Ländern fordern mehr Ehrgeiz bei der Finanztransaktionssteuer. Sie stammen aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Österreich, Italien und Portugal.

6. Mai: Kampagnen-Aktion in Brüssel: [Robin Hoods](#) gewinnen einen Boxkampf gegen Banker - die Finanztransaktionssteuer kann kommen!

6. Mai: Laut einer Erklärung von zehn [Finanzministern der Eurozone](#) soll die Finanztransaktionssteuer bis zum 1. Januar 2016 in einer ersten Stufe in Kraft treten. Besteuert werden sollen zunächst Aktien und einige Derivate. [Slowenien](#), das elfte Land in der verstärkten Zusammenarbeit, lässt seine Unterstützung wegen einer Regierungskrise offen.

6. Mai: Laut Frankreichs Finanzminister [Michel Sapin](#) sollen in einem ersten Schritt Aktien und bestimmte Derivate, im zweiten Schritt dann alle Derivate und Finanztransaktionen besteuert werden.

April:

30. April: Der [Europäische Gerichtshof](#) weist die Klage Großbritanniens gegen die Finanztransaktionssteuer zurück.

25. April: Die [griechische Ratspräsidentschaft](#) legt einen Lagebericht vor, der als Grundlage für die Orientierungsaussprache der Finanzminister dienen soll. Demnach wird eine Stufenlösung anvisiert, in der ersten Stufe könnten Aktien und Derivate einbezogen werden. Wer wolle, könne auch Anleihen von Beginn an besteuern. Zur Besteuerung von Devisentransaktionen müsse erst noch ein Rechtsgutachten

eingeholt werden.

15. April: Sieben Banken beteiligen sich an den Plänen der französischen Regierung zur Wiederbelebung der [Pariser Börse](#). Dahinter wird ein Deal vermutet, dass sich die französische Regierung im Gegenzug den Plänen zur europäischen Finanztransaktionssteuer widersetzt.

7. April: [Flash Boys](#), ein neues Buch über Hochfrequenzhandel befeuert in den USA die Debatte um die Finanztransaktionssteuer.

Erklärung der Finanzminister vom 6. Mai

Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Hollande hatten Mitte Februar in einer gemeinsamen Pressekonferenz angekündigt, dass es vor der Europawahl einen neuen Vorschlag für die Finanztransaktionssteuer geben sollte - „als starkes Signal an die Bürger“ (Merkel). Dieser Vorschlag wurde im Rahmen des Ecofin am 6. Mai präsentiert. Mehr als ein Signal zu Wahlkampfzeiten kam dabei allerdings nicht heraus. Denn die von zehn Finanzministern unterzeichnete Erklärung enthielt neben einem unverbindlichen Zeitplan nicht viel Neues.

Beschlossen wurde:

1. eine Stufenlösung. Im ersten Schritt sollen Aktien und einige Derivate besteuert werden;
2. Abschluss der Verhandlungen über die erste Stufe bis Ende des Jahres, wobei auch die Sorgen der nicht-teilnehmenden Mitglieder berücksichtigt werden sollen (d.h. der Abschluss bis Ende des Jahres wird vermutlich klappen);
3. Implementierung der ersten Stufe bis Januar 2016;
4. Einzelne Mitgliedstaaten können im ersten Schritt vorangehen und auf freiwilliger Basis mehr Finanzprodukte einbeziehen.

Es bleiben damit viele Fragen offen: Welche Derivate sollen einbezogen werden? Wo und wann wird das Ansässigkeitsprinzip zugrunde gelegt, wo das Ausgabeprinzip? Wann und wie wird die zweite Stufe ausgelöst? Welche Staaten sind bereit, in welchem Umfang mit einer breiteren Bemessungsgrundlage zu starten?

In einer [AFP-Pressemeldung](#) heißt es: „Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) räumte ein, dass die Erklärung «nicht besonders substanzvoll» sei - aber besser als gar kein Fortschritt.“ Das ist gut auf den Punkt gebracht.

Slowenien, das elfte Land in der Verstärkten Zusammenarbeit, trägt den Beschluss wegen einer Regierungskrise vorerst nicht mit. Man hatte aber offenbar damit gerechnet: die Flagge Sloweniens findet sich noch im Kopf des Dokuments.

Die vollständige Erklärung lässt sich [hier](#) nachlesen.

Große Koalition hat für Entwicklungshilfe wenig übrig

Germanwatch hat die Etatpläne der Koalition zur Entwicklungshilfe analysiert. Von der im Koalitionsvertrag versprochenen Annäherung an das 0,7-Prozent-Ziel bleibt bei näherem Hinblick kaum

etwas übrig:

Von derzeit 0,38 Prozent dürfte die Entwicklungshilfequote bis 2017 nur auf etwa 0,4 Prozent steigen. Denn die im Koalitionsvertrag versprochenen zusätzlichen zwei Milliarden Euro verteilen sich zum Einen auf vier Jahre (+200 Mio. Euro in 2014, +400 Mio. Euro in 2015, +700 Mio. Euro in 2016, +700 Mio. Euro in 2017), beziehen sich zum Zweiten auch nicht auf den Ist-Stand, sondern auf den Haushaltsentwurf der alten Bundesregierung für 2014, der gegenüber dem Haushalt 2013 erhebliche Kürzungen vorgesehen hatte und zum Dritten dürfte auch die deutsche Wirtschaftsleistung steigen, was sich senkend auf die Quote auswirkt.

Damit sind die offiziellen Absichtserklärungen in Bezug auf das 0,7-Prozent-Ziel unglaublich.

Mehr Infos:

<http://germanwatch.org/de/8459>

Nach einer aktualisierten Fassung dürfte die ODA-Quote bis 2017 sogar auf 0,35 Prozent sinken (kostenpflichtige Fassung der Mai-Ausgabe von "Weltwirtschaft & Entwicklung"):

<http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/wearchiv/042ae6a32208bf601.php>

Europäischer Gerichtshof weist Klage Großbritanniens zurück

Der Europäische Gerichtshof hat am 30. April die Klage Großbritanniens gegen die Finanztransaktionssteuer zurückgewiesen. Die Begründung: der von den Briten angefochtene EU-Ratsbeschluss enthält keine Details der Finanztransaktionssteuer. Daher bezieht sich die Klage auf eine bloße Verhandlungsgrundlage und nicht auf ein Gesetz. Der britische Vorstoß war damit so, als ob das Bundesverfassungsgericht gegen einen Gesetzentwurf angerufen würde, der sich gerade in erster Lesung im Bundestag befände.

Das Urteil kam nicht überraschend, hatten Experten doch bereits das Scheitern vorausgesagt. Die Klage beweist aber wieder einmal den erbitterten Widerstand der Finanzlobby und ihren großen Einfluss auf die britische Regierung.

Großbritannien kündigte an, zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu klagen.

Urteil des EuGH: <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=151529&pageIndex=0&doclang=en&mode=doc&dir=&occ=first&cid=312178>

Pressemitteilung des EuGH: <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-04/cp140065en.pdf>

Pressemitteilung der Kampagne: http://www.attac.de/startseite/detailansicht/news/finanztransaktionssteuer-ist-rechtens/?no_cache=1&cHash=1b502302cb1fdee68a6a31f5e4aef406

Finanztransaktionssteuer in Europawahlprogrammen

Die Finanztransaktionssteuer dürfte große Unterstützung von den neuen deutschen Europaparlamentariern erhalten. Die Kampagnenmitglieder SPD, Grüne und Linke sowie die CDU nehmen in ihren Europawahlprogrammen positiven Bezug auf die Steuer, die CDU formuliert

gleichzeitig aber auch Bedenken. Die ÖDP, das vierte Mitglied von Steuer gegen Armut mit Parteistatus, hat es nicht ins Europa-Parlament geschafft. Bei CSU und AfD taucht die Steuer nicht im Wahlprogramm auf.

WEED und das World Future Council haben die Positionen zu den Finanzmärkten in den Wahlprogrammen analysiert:

<http://www.weed-online.org/themen/7595939.html>

Neue Studien und Stellungnahmen

BMF: Besteuerung des Finanzsektors im Branchenvergleich und im internationalen Vergleich

Das Bundesfinanzministerium hat ein noch unter Schwarz-Gelb in Auftrag gegebenes Gutachten zur Besteuerung des Finanzsektors veröffentlicht.

Bemerkenswert sind folgende Ergebnisse:

Große Unternehmen im Finanzsektor werden in Deutschland verglichen mit anderen Wirtschaftssektoren gering besteuert. Dabei weisen speziell die Großbanken, die Gewinne in Steueroasen verschieben können, eine geringe Steuerbelastung auf. In anderen Ländern ist die Steuerlast des Finanzsektors aber noch deutlich geringer als in Deutschland.

Eine Ursache für die geringe Steuerlast ist, dass Finanzdienstleistungen von der Mehrwertsteuer befreit sind. Dies lässt sich aber praktisch nicht ändern. Als Alternative kommt daher die Finanztransaktionssteuer in Frage.

Die Studie hält die Finanztransaktionssteuer nach dem Vorschlag der Kommission für machbar, auch wenn sie nur in der Eurozone eingeführt würde. Das mögliche Aufkommen für Deutschland wird auf 2 bis 5 Milliarden Euro beziffert. Kritisiert wird unter anderem die vorgesehene Bemessungsgrundlage bei Derivaten, der damit begründete gespaltene Steuersatz und andere Details des Kommissionsvorschlags.

Die Zusammenfassung der Studie hier:

http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung_Inland/Regierung/2014/140424_Bankensektor_Kurzfassung.pdf

Kampagnenaktivitäten

Robin Hood siegt mit K.O.-Schlag. Boxkampf beim Ecofin in Brüssel

Anlässlich des Finanzministertreffens am 6. Mai in Brüssel wartete die internationale Finanztransaktionssteuer-Kampagne mit einem medial inszenierten Boxkampf auf. Unter den Augen der Schiedsrichter Merkel und Hollande setzte sich Robin Hood mit einem K.O.-Schlag gegen eine Banker-Truppe durch. Die Finanztransaktionssteuer kann kommen!

Bericht zur Aktion:

<http://robinhoodtax.org.uk/latest/robin-hood-tax-lands-winning-blow-europe>

Ein Video mit der Aktion:

http://www.youtube.com/watch?v=RZ7Y1QRqBPo&feature=youtube_gdata

Pressemitteilungen

6. Mai: Finanztransaktionssteuer: Ein erster Schritt, aber noch viel zu wenig! Bundesregierung muss sich für Besteuerung aller Finanzprodukte stark machen

Die Kampagne kommentiert die Absichtserklärung der zehn europäischen Finanzminister, die Finanztransaktionssteuer 2016 mit einer ersten Stufe auf Aktien und einige Derivate zu starten.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

30. April: Finanztransaktionssteuer ist rechtens. Kampagne "Steuer gegen Armut" begrüßt Urteil des Europäischen Gerichtshofs

Die Kampagne begrüßt das Scheitern der Klage Großbritanniens gegen die Finanztransaktionssteuer. Die Klage im frühen Stadium des Gesetzgebungsprozess beweist aber den starken Einfluss der Finanzlobby auf ihre Regierungen.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#).

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.